

Der Beobachter

für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

2.
Jahrg.

Der „Beobachter“ kostet vierteljährlich Mk. 2.10 ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellt bei allen Postanstalten, sowie in der Geschäftsstelle Brüderweg 1 und der Druckerei Obergaden 5/1.

Samstag,
7. Februar 1920

Anzeigen, die nur in beschränktem Umfang aufgenommen werden, finden im „Beobachter“ weiteste Verbreitung. Die Kleinzeile kostet Mk. 0.30 bei Mehraufnahmen entsprechender Preisnachlaß.

6.
folge

Dr. Stresemann über das deutsche Wirtschaftsproblem.

In den „Deutschen Stimmen“ geht Abgeordneter Dr. Stresemann in der „Politik“ von „Umschau“ in sehr interessanten Ausführungen auf das wirtschaftliche Problem unserer Zeit ein. Er bekundet sich dabei, wie es auch aus seinen Reden immer herausklang, zu einer zureichenden Grundbegriffung. „Im Gegensatz zu denen“, so schreibt er, „die da meinen, daß wir dem Abgrund nicht entgehen können, bin ich der Meinung, daß die Voraussetzungen für eine Erhebung aus unserem Niedergang in mancher Beziehung gegeben sind. Ich bin mir nur im Zweifel darüber, ob wir die Kraft haben werden, diese Voraussetzungen zu erfüllen.“ Im Vordergrund steht dabei „die große Frage unserer Wiederaufrichtung“, „ob es uns gelingt, eine internationale Verständigung herbeizuführen, die den Zusammenbruch Europas verhindert.“ Dr. Stresemann hebt hervor, daß die Achillesferse unserer deutschen Weltwirtschaft ihre Abhängigkeit vom Ausland ist. Auch in der Zeit unserer höchsten wirtschaftlichen Blüte war diese Abhängigkeit fühlbar, wenn auch die Meinung des Auslandes nur einen geringen Einfluß auf unsere Wirtschaftslage ausübte. „Heute aber“, so führte Dr. Stresemann aus, „sind wir davon in hohem Maße, wenn nicht ganz abhängig.“ Unter diesem Gesichtspunkt muß man sich die Frage vorlegen, welchen Eindruck unsere deutschen Verhältnisse auf das Ausland machen. Es ist nicht Ausfluß parteipolitischer Gegnerschaft, sondern Feststellung einer Tatsache, daß unsere heutige Regierung wenig moralischen Kredit im Ausland besitzt. Diese deutsche Revolution hat keinen Cromwell zum Führer gehabt, der etwa in seiner Persönlichkeit die Gewähr für eine krasse Zusammenfassung der Volkskräfte böte, und das Prinzip der Führung der Geschäfte durch das Parlament konnte bei der Zusammenfassung dieses Parlaments diesen Mangel nicht ersetzen. Der Regierung fehlen führende Köpfe, und der einzige Mann, dessen Arbeitskraft und autodidaktische Fähigkeiten auch von seinen Feinden anerkannt werden, gibt persönlich und in seinem dilettantenhaften Ueberreifer gerade vom Reichsinteresse aus so starke Angriffsschläge, daß er im Inland von einem großen Teil des Volkes gehaßt, im Ausland nicht geachtet wird. Die Koalition der drei Mehrheitsparteien zeigt keine Stetigkeit, sondern ein fortwährendes Gegeneinander, und das parlamentarische System wird naturgemäß in dem Augenblick zum Hohn, in dem der Führer einer Mehrheitspartei den führenden Minister der Regierungsmehrheit als blutigen Dilettanten und

Serocstraten bezeichnet. Man hat im Inland und Ausland die Empfindung, daß dieser ganzen Regierung nur eine Galgenfrist gegeben ist, und deshalb ist unsere ganze Situation damit belastet, daß man der deutschen Regierung keinerlei Stetigkeit und Festigkeit zutraut und deshalb abwartet, wie die Dinge sich endgültig gestalten werden. Neuwahlen wären deshalb schon aus dem Grunde notwendig, weil Deutschland leider wirtschaftlich nicht in der Lage ist, so ruhig die Entwicklung abzuwarten, wie das unbeteiligte Ausland es tun kann. Zu diesem Mangel an Vertrauen in die Führeigenschaften und die Festigkeit der Regierung kommt der Argwohn und die Abneigung des Auslandes gegen das sozialpolitische und finanzpolitische Experimentieren der heutigen Regierung. Die Welt ist nicht sozialistisch, sondern heute noch privatkapitalistisch und wird es voraussichtlich noch für Menschenalter hinaus sein. So sehr Deutschland politisch geschwächt ist, so sehr wirken doch seine Gesetze auch auf die Geschehnisse anderer Staaten ein. Die privatkapitalistischen Vereinten Staaten von Amerika empfinden wenig Neigung, unsere sozialpolitischen Experimente mitzumachen. Sie hören weiter, wie alle Sachverständigen des deutschen Wirtschaftslebens betonen, daß das Reichsnotopfergesetz dem deutschen Wirtschaftsleben, das an sich schon geschwächt ist, unendlich Schaden wird. Sie erleben die Flucht des deutschen Kapitals in das Ausland und sehen die Unfähigkeit der Regierung, ihr entgegenzuwirken. Sie vermissen jeden Plan des organisierten Aufbaues der deutschen Wirtschaft und sehen statt dessen ein halbes Schwanken zwischen tastenden Schritten zur freien Wirtschaft und gleichzeitig eine Vertreibung der Zwangswirtschaft auf anderen Gebieten. Diese Gesamtdeutung der Beurteilung der deutschen Verhältnisse drückt sich neben wirtschaftlichen Vorgängen, in dem Tiefstand der deutschen Wirtschaft aus, die auch von politischen Gesichtspunkten bestimmt wird.

Dr. Stresemann zieht aus diesen öffentlichen Zusammenhängen zwischen unserem politischen und unserem wirtschaftlichen Kredit folgenden Schluß: „Gemeinnutze wir nicht den moralischen und wirtschaftlichen Kredit des Auslandes in offenkundiger Zeit zurück, dann haben die Sozialisten recht, die darauf hinweisen, daß unsere Finanzen sich mehr und mehr dem Ruin hinziehen. Es schmerzhaft rühren müssen, daß unsere Ernährungsvorhältnisse trostlos werden, und daß wir unsere Industrie ohne genügende Rohstoffzufuhr nicht aufrecht erhalten können. Die politischen Auswirkungen einer solchen Lage sind unschwer zu erkennen.“

Im Anschluß hieran ruft Dr. Stresemann den Weg zu unserem wirtschaftlichen Aufstieg. Er muß damit beginnen, daß wir einen festen

Grund künftiger Regierungspolitik gewinnen. Zu diesem Zwecke fordert Dr. Stresemann die schnellste Ausschreibung von Neuwahlen, „um die Bildung einer Regierungsmehrheit zu ermöglichen, die die Gewähr der Dauer in sich trägt.“ Hand in Hand damit muß die Entpolitisierung der wirtschaftlichen Frage in Angriff genommen werden.

„Was wir brauchen, ist nicht ein Reichswirtschaftsrat als neues beratendes Organ, sondern eine Kammer der Arbeit, die dem politischen Parlament als einigermaßen gleichberechtigter Faktor zur Seite stehen muß. Diese Kammer der Arbeit muß das Recht gesetzgeberischer Initiativen haben, d. h. Vorschläge, die sie für notwendig erachtet, direkt an das Parlament zu bringen. Sie muß ferner das Recht besitzen, ein suspensives Veto gegen Beschlüsse des Parlaments zu erheben, die ihr für die Weiterentwicklung der deutschen Wirtschaft gefährlich erscheinen.“

In demselben Zusammenhang führt Dr. Stresemann weiter aus: „Der starke Einfluß der Berufsgruppen auf das Wirtschaftsleben und Staatsleben ist der gesunde Kern des Rätegedankens, den man für unsere Entwicklung nutzbar machen sollte, anstatt mit dem Begriff Rätegedanken lediglich die Vorstellung des russischen Bolschewismus zu verbinden. Selbstverständlich ist die Zeit des Herrenstandpunktes vorbei. Arbeitgeber, Angestellte und Arbeiter, ebenso aber auch die geistigen Berufe müssen im Zusammenwirken von Führenden und Geführten, von Hand- und Kopfarbeitern das Beste ihres Denkens daran setzen, um uns neue Gesetze des Wirtschaftens zu schaffen. Nach einem so ungeheuren Erlebnis, wie dieser Weltumwälzung, kann man nicht einfach da anknüpfen, wo die Entwicklung am 30. Juli 1914 aufhörte hat. Mit den Schlagworten „Zwangswirtschaft“ oder „freie Wirtschaft“ sind die Probleme ebensowenig gelöst, wie etwa die des Außenhandels mit den abgenutzten Schlagworten „Freihandel“ oder „Schutzzoll“. Es gilt, neue Wege der Organisation der Wirtschaft zu finden, welche die Zusammenfassung der Kräfte ermöglichen, ohne damit die Unternehmer-Initiative auszuschalten. Zwischen Privatkapitalismus und Sozialisierung ist ein weiter Weg, der unendlich viele Möglichkeiten aufbietet. Auch die Finanzlage kann nur im Zusammenhang mit der Organisation der Wirtschaft — aber nicht der staatlichen Organisation — gelöst werden. Eine Finanzpolitik, die dem Einkommen des einzelnen bis in die höchsten Steuerstufen nachsteuert und in den Trüben und Kassetten noch angeschafften Geldes den schlüsselt, wird ebenso wie der Gedanke einer Vermögenskonfiskation zum Scheitern verurteilt sein und schließlich nur in einem völligen Niedergang der Steuermoral endigen. Das

Problem der Erhaltung der Auslandspreise und der gleichzeitigen Aufbarmachung unangemessener Kapitalgewinne für die Allgemeinheit harret eben in der Lösung, wie die Frage der Verbindung der Steuererhebung des Staates mit der Gesamtproduktion der Wirtschaft. Alle diese Fragen, von denen unsere Stellung in der Welt in Zukunft abhängen wird, können nicht mit Parteischnellklappen gelöst werden. Das politische Parlament muß das Siegel auf die Gesetzgebung drücken, die Vorarbeiten für diese Durchorganisation aller Wirtschaftsprozesse muß von den Wirtschaftlern selbst gelöst werden. Dabei muß der Sozialist die Angst vor einem Großindustriellen, der politisch rechts steht, ebenso verlieren, wie der Unternehmer die Angst verlieren muß, sich mit einem sozialistischen Wirtschaftspolitiker über die Möglichkeiten einer Neugestaltung auseinanderzusetzen. Der überlebten Klassenkampftheorie der Sozialdemokratie und dem Syndikalismus der Unabhängigen muß der Gedanke der Klassenverflechtung entgegengebracht werden, der in der Arbeitsgemeinschaft seinen Ausdruck findet und der deshalb auch von den Unabhängigen von ihrem Standpunkt aus so heiß bekämpft wird. Wirtschafts- und Außenpolitik müssen entpolitisiert werden, und man muß im Inland und Ausland die Gewähr haben, daß führende Köpfe der deutschen Wirtschaft dem Problem der Wiederaufrichtung unserer Volkswirtschaft praktisch zu Leibe gehen, statt daß man lediglich den Widerhall parteipolitischer Schlagworte vernimmt, die ihre Wirkungen längst verfehlt haben, und die die traurige Tatsache nicht verdecken können, daß das von den Demokraten und Sozialisten so begrüßte neue Deutschland keine schöpferischen Ideen auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik hervorgebracht hat, sondern ein ganzes Jahr lang mit trostloser Experimentiererei verkehrt liegt."

Seinen Abschluß findet dieser Gedankengang in folgendem Bild in die Zukunft: "Wenn die Stimme der schaffenden Stände wieder vernommen wird, und wenn Männer, die nicht nach der Mitgliedschaft der Partei ausgesucht werden, auch vom deutschen Standpunkt aus die Frage des internationalen Aufbaues behandeln, dann ist wenigstens die Wahrscheinlichkeit größer, daß wir wieder den moralischen Kredit des Auslandes gewinnen, der uns so den Weg zum finanziellen Kredit öffnet. Wenn diese Voraussetzungen gegeben sind, dann wird Deutschland innerhalb der Grenzen, die die Friedensverträge seiner wirtschaftlichen Erstarkung stecken, auch in der Lage sein, sich von den Wunden des Krieges einigermaßen zu erholen. Den Weltkaff gegen die deutsche Arbeit brauchen wir nicht zu fürchten. Der Weltwarenhunger ist so stark, daß die Völker der Erde, die fast alle während der Dauer des Krieges ihre produktive Arbeit zugunsten der unproduktiven Kriegsarbeit einstellen mußten, an dem großen Fabrikkaff Deutschland nicht vorbeigehen können."

Zur Frage der Gewinnbeteiligung.

Im Jahre 1942 wurde zum ersten Male in einem industriellen Betriebe der Versuch der Gewinnbeteiligung gemacht, als der Erfinder des Antikwiff, Edme-Jean Declaire, beschloß, einen Teil des Jahresgewinnes aus seinem Betriebe den Arbeitern des Unternehmens auszuzahlen. Declaire entwickelte in den folgenden Jahren das Prinzip weiter, bis er im Jahre 1969 den ganzen Betrieb in die Hände seiner Arbeiter übergeben ließ. Von diesem Tage an gilt das Unternehmen als Musterbeispiel für die Prinzipien der Gewinnbeteiligung. Viele fanden, daß hier der Weg gewiesen wäre für die Vereinigung der Interessen des Kapitalisten und des Arbeiters in gemeinsamem Zusammenwirken, und der Gedanke der Gewinnbeteiligung wurde auch in anderen Ländern, namentlich in England, und in verschiedenen Formen aufgenommen. Die Resultate entsprachen jedoch in den meisten Fällen nicht den Erwartungen. Eine Reihe Fehlschlüsse verschiedener Art bezeichnen von da an den Weg der Gewinnbeteiligung. Das geringe Glück, das man mit diesen Versuchen hatte, ist jedoch wohl in erster Linie darauf zurückzuführen, daß man im

allgemeinen nicht gleichzeitig mit dem Recht des Arbeiters auf Anteil am Ertrage ein Recht oder eine Beteiligung seinerseits an der Organisation und Leitung des Betriebes schuf. Dadurch erschien der Gewinnanteil der Arbeiter oft nur als eine Zulage zum Lohn, ohne daß er eine Einwirkung auf seine Produktion hatte.

Erst als man begann, die Arbeiter zu Teilhabern an den Betrieben zu machen, gediehen die Unternehmen, die Beispiele dafür sind, welche Verhältnisse auf die Produktion einwirken, wenn die verschiedenen Faktoren in gemeinsamen Interessen vereinigt werden. Dieses Problem, die Arbeiter zu Miteigentümern am Betriebe zu machen, suchte man auf sehr verschiedene Weise zu lösen. Die einfachste Art war, daß die Arbeiter Aktien des Betriebes für ihre Sparbeiträge kauften. Andere wieder behielten einen Teil des Lohnes zurück zum Kauf von Aktien, oder aber der jährliche Gewinnanteil der Arbeiter wurde dafür zurückgelegt. Endlich wurde von der Firma Lever Brothers (der Herstellerin der bekannten Sunlight-Seife, die 9000 Arbeiter beschäftigt) ein System durchgeführt, nach dem gratis Teilhaberaktien an das Personal nach bestimmten Regeln verteilt werden. Sobald ein Angestellter den Betrieb verläßt aus anderem Grunde als Krankheit oder Alter, werden seine Aktien auf einen anderen übertragen. Vom Jahresüberschuß wird ein gewisser Prozentsatz an die ursprünglichen Kapitalaktionäre bezahlt, und an der Verteilung des Restes partizipieren Kapitalaktionäre und Arbeiteraktien.

Diese Anordnung scheint Anlaß zu dem ersten Gesetz über Gewinnbeteiligung gegeben zu haben: dem französischen Gesetz über Aktiengesellschaften mit Arbeiterbeteiligung vom 26. Juli 1917.

Die Pläne zu einem Gesetz über Gewinnbeteiligung tauchten schon früher auf. 1879 wurde der französische Deputiertenkammer vor dem Papierfabrikanten Laroche-Joubert der erste Gesetzesvorschlag über die Gewinnbeteiligung und industrielle Kooperation vorgelegt. Dieser Vorschlag wurde nicht durchgeführt, und daselbstes Schicksal erlitt eine Reihe anderer Gesetzesvorschläge auf diesem Gebiete in Frankreich. Auch in England und Amerika wurde der Gesetzesvorschlag über Gewinnbeteiligung behandelt. 1913 förderte der französische Arbeitsminister Chéron den Gesetzesvorschlag so weit, daß aus einer Kommissionsbehandlung das erwähnte Gesetz resultierte.

Dieses Gesetz beruht auf Freiwilligkeit und setzt fest, daß „nach Bedarf von jeder Aktiengesellschaft bestimmt werden kann, daß sie eine Aktiengesellschaft mit Arbeiterbeteiligung wird“. Die Bestimmungen des Gesetzes gelten dann für diejenigen Aktiengesellschaften, die freiwillig diese Form angenommen haben. Für solche Gesellschaften werden die Aktien in zwei Arten geteilt: Kapitalaktien und Arbeitsaktien. Diese letzteren werden gratis auf die Arbeiter übertragen, indem bei Gründung der Gesellschaft beschlossen wird, wann sie als Aktien bei Ablauf des Jahres ausgeben. Wenn das Jahr um ist, gehen sie als Gemeinheitsvermögen auf eine kooperative Arbeitergesellschaft über, die aus allen entlassenen Arbeitern und Funktionären im Alter von über 21 Jahren besteht, die an den Betrieb angeschlossen sind und ihm mindestens ein Jahr angehören. Die Arbeitsaktien können nicht einzelnen Personen im Personal übertragen werden und können auch von der kooperativen Arbeitergesellschaft nicht übertragen oder verpfändet werden. In den Gebräuchen der Aktiengesellschaften ist bestimmt, wie hoch die Rente ist, die den Kapitalaktionären ausbezahlt wird. Danach teilen sich die Arbeitsaktien zusammen mit den Kapitalaktien in den restlichen Gewinn. Dieser Gewinn, der hiernach den Arbeitern und Funktionären zufällt, wird unter diese noch Regeln verteilt, die von der kooperativen Arbeitergesellschaft aufgestellt werden. Das heißt also, daß die Verteilung des Gewinnanteils der Arbeiter diesen überlassen ist.

Nachdem das Gesetz so die Gewinnbeteiligung eingeführt hat, läßt es jetzt auch dem Arbeiterkapital Anteil an der Betriebsleitung zuteil werden.

Auf der Generalversammlung der Aktiengesellschaft verfügen die Arbeiter über eine Stimmzahl, die sich zur Stimmzahl der Kapital-

aktionäre verhält wie die Anzahl der Arbeitsaktien zu der der Kapitalaktien. Die Teilnahme der Arbeiter an der Generalversammlung geschieht durch gewählte Vertreter. Die Wahl dieser Vertreter erfolgt durch die kooperative Arbeitergesellschaft in ihrer Generalversammlung, wo die Stimme des Einzelnen nach der Höhe seines Arbeitsverdienstes im Jahre gilt. Im Vorstand der Aktiengesellschaft sollen ein oder mehrere Vertreter der kooperativen Arbeitergesellschaft sitzen, und diese werden auf der Generalversammlung der Aktiengesellschaft gewählt unter der anwesenden Arbeitervertretung. Die Anzahl wird nach dem Verhältnis der Arbeitsaktien zu den Kapitalaktien festgelegt.

Im Falle der Auflösung der Aktiengesellschaft werden die Kapitalaktien zuerst vollkommen geteilt, und der Rest des Vermögens wird dann unter allen Aktionären verteilt. Auch frühere Arbeiter der Gesellschaft können unter gewissen Bedingungen (unter anderem 10jährige Dienstzeit) an der Verteilung partizipieren.

Zur Aufmunterung bei Gründung solcher Aktiengesellschaften mit Arbeiterbeteiligung gewährt das Gesetz ihnen gewisse Vorteile, z. B. Stempelsteuerfreiheit zugleich mit dem Vorrecht bei Übernahme öffentlicher Arbeiten. Die Vergütung für den Genuß dieser Vergünstigungen ist jedoch, daß die Arbeiteraktien mindestens $\frac{1}{4}$ der Zahl der Kapitalaktien betragen.

Dieser französische Versuch der Gesetzgebung über die Gewinnbeteiligung scheint viele zuzugewandte Seiten zu haben. Er zeigt eine Formel für Anteil am Gewinn und an der Betriebsleitung zu gleicher Zeit und durch das feststehende Eigentum der Arbeiterkapitalien und dem freien Verfügungsrecht der Arbeitergesellschaft am Gewinnanteil hat man eine der Alpen umschiffte, an denen viele Gewinnbeteiligungsversuche gescheitert sind. Möglicherweise wird die Bestimmung, daß die Anwendung des Gesetzes freiwillig ist, bewirken, daß es nicht so große Bedeutung erlangt. Die Kommission führt in ihrer Begründung aus, daß man plante, jetzt nicht weiter gehen zu sollen. Beim Uebergehen zu einer erzwingenden Ordnung würden natürlich auch festere Regeln für die verhältnismäßige Größe der Arbeiterkapitalien und der im Voraus für die Kapitalaktien festgesetzten Anteile nötig werden. Man kann einwenden, daß die Form im ganzen nur für Aktiengesellschaften anwendbar ist, aber wenn sie hier durchgeführt wird und erste Resultate erzielt werden, die Betriebe, die Einzelpersonen beschäftigen, gezwungen sein, ihnen nachzufolgen.

Die Gewinnbeteiligung steht natürlich auch in anderen Ländern an der Tagesordnung. Besonders eifrig verfolgt man den Gedanken in Norwegen, wo er eine große Rolle im Wahlkampf des letzten Jahres spielte. Die Regierung setzte die Lösung dieser Frage auf ihr Programm, und bei einer Versammlung sagte Staatsminister Gunnar Rurboen: „Es ist mir billig, daß die Arbeiter und Angestellten, die bei der Schaffung des Gewinns beteiligt waren, auch am Nutzen beteiligt werden. Wir haben uns die Aufgabe gestellt, einen Gesetzentwurf zu finden, der die Arbeiterbeiträge verpflichtet, diese Ordnung durchzuführen.“ Herr Rurboen ist selbst einer der größten Arbeitgeber Norwegens. Das Hauptorgan der Regierung „Norste Antellsgesindler“, hat die Gewinnbeteiligung als „einen neuen Meilenstein der Weltdemokratie“ bezeichnet. Eine Staatskommission ist für die Bearbeitung der Sache ernannt, und ihr Gutachten wird noch in diesem Monat erwartet.

Auch in Schweden stand die Demokratisierung des industriellen Betriebslebens zur Debatte, und von Regierungsseite liegt eine Ausarbeitung des Finanzministers vor, in der er hervorhebt, daß unter Berücksichtigung der Neubildung in England eine eingehende Prüfung der Sache notwendig wird.

In Dänemark hat man sich bis jetzt in erstaunlichem Maße von allen Erwägungen dieser Verhältnisse ferngehalten. Die Arbeitgeber haben in dieser Richtung keine Initiative gezeigt, obgleich doch in diesen Kreisen eine Verantwortung vorhanden sein muß, die nicht mit Hinweisen auf die Unmöglichkeit der Arbeiter aus der Wirtschaft wird. Das System, dessen Vertreter die Leiter der Industrie waren, hat nun einmal aus-

gespielt als Träger der nationalen Produktion. Es ist ein Prüfungstag dessen, was man „die private Initiative“ nennt. Vermag man nur über die Zeit zu jammern, die dahinschwand, aber nicht zu handeln, wenn die sozialen Bedingungen für die Zukunft der Produktion erfüllt werden sollen, so besteht man die Probe nicht.

Gewinnbeteiligung, Räteystem, alle die Neuordnungen, die in der Welt sich entwickeln, enthalten den Keim zur industriellen Kooperation.

Fritz Hansen.

Die Erdolchung der Front.

Von Emil Kloth,
ehemaligem Vorsitzenden des Deutschen Buchbinderverbandes.

Eigentlich hätten die politischen Parteien in Deutschland weit Wichtigeres zu tun, als sich gegenseitig die Schuld an dem Unglück Deutschlands vorzuwerfen. Auf die mahnende Stimme des Gewissens zu lauschen, Einsicht zu halten und den festen Entschluß zu fassen, alle Fehler abzuliegen, in gemeinsamer Arbeit mit dem Wiederaufbau zu beginnen, wäre weit nützlicher als in ödem Parteigezänk das deutsche Volk noch immer tiefer ins Elend hineinzureiten.

Allen daran denken am wenigsten die sozialistischen Parteien, denn für sie ist nach wie vor der Klassenkampf innerhalb des eigenen Volkes die Aufgabe, um die sich die Erde dreht. Und dabei sehen sie vor lauter Bäumen den Wald nicht, merken noch immer nicht, wie der Kampf des angelsächsisch-romanischen Imperialismus gegen Deutschland ein „Klassenkampf“ ist, der ganze Nationen nicht nur zu Proletariern, sondern zu rechtlosen Sklaven machen will, trotz aller schönen Redensarten von Völkerverbund und Selbstbestimmungsrecht der Völker. Weil jedoch die deutschen Sozialisten den zutage liegenden unaufhörlichen Niedergang unseres nationalen und wirtschaftlichen Lebens nicht leugnen können, weil sie noch nichts von ihren vielen schillernden Versprechungen einzulösen, nur wenig wahrhaft Gutes zu schaffen vermocht, und weil deshalb die Unzufriedenheit mit der herrschenden Mikrowirtschaft immer größer wird, deshalb versuchen sie mit immer verzweifelteren Mitteln die unwahre Anklage aufrecht zu erhalten, wie sie der „Vorwärts“ dahingehend zusammenfaßt: „Der Friedensvertrag von Versailles ist das ureigenste Werk der Helfershelfer, Ludendorff, Zimmermann & Co.“

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß sollte diese „Wahrheit“ unanfechtbar machen. Die Herren Einzheimer, Cohn und Gothein waren ihrer Aufgabe durchaus nicht gewachsen, erst Hindenburg machte die Szene mit seiner wuchtigen Anklage zum Tribunal, indem er feststellte, daß die deutsche Front von hinten erdolcht worden sei. Das Wahrwort muß dem deutschen Volke ein flammendes Anal werden, denn kein Wiederaufstieg ohne Erkennen der Ursachen unseres Niedergangs. Dazu will auch ich an meinem Teil beitragen, zumal es mir vergönnt war, während des Krieges vom guten Beobachterposten des Wesen, Wirken und Webens der sozialdemokratischen Politik und Geheimdiplomatie zu verfolgen. Ich meine damit die Konferenzen der Gewerkschaftsvorstände, auf denen eine ganze Anzahl der jetzigen Minister usw. anwesend waren. Ich nenne u. a. den Reichspräsidenten Ebert, den Reichskanzler Bauer, die Minister Schmidt, Engelke und Leipart (württemberg. Arbeitsminister), Minister a. D. Wissell. Diese Konferenzen waren vertraulicher Natur. Zwar wurden über ihre Sitzungen Berichte ausgegeben, allein diese gingen von der Generalkommission der Gewerkschaften aus und enthielten nur das, was für die Öffentlichkeit bestimmt war. Bis vor kurzem war ich durch Amtsverschwiegenheit gebunden, jetzt nicht mehr, und da wir nun einmal im Zeitalter der Enthüllungen leben, von oben herab — na, sagen wir einmal, mit gutem Beispiel vorangegangen wird, so ist es natürlich auch mir unbenommen, Tatsachen festzustellen, die für die Beurteilung der Frage nach den Ursachen unseres Zusammenbruchs wichtig sind.

Die sozialdemokratische Kriegspolitik war von vornherein zwieschlächtig: sie trat für Vaterlandsverteidigung ein, ließ es aber unentschieden, ob

Deutschland einen gerechten, einen Angriffs- oder Verteidigungskrieg führte; sie schaltete von vornherein die Schuldfrage aus, ließ die Möglichkeit offen, daß Deutschland der schuldige Teil sei. Sie sah nicht in Jahrzehnten, hob deshalb nicht genügend die von langer Hand betriebene Einkreisungspolitik der Entente hervor, sondern klebte an den unmittelbar dem Weltkriege vorausgehenden Ereignissen. Wie ganz anders die französischen und englischen Sozialisten! „Wir kämpfen für das Recht, für die Demokratie, gegen den preussischen Militarismus“ — so lautete dort die Losung unfeiert vom Anfang bis zum Ende des Krieges. Im innigen Bunde mit ihren Regierungen bekämpften sie jegliche Flammerei, stärkten sie die Front und hielten selbst unter den härtesten Niederlagen den Siegeswillen aufrecht. Bei uns dagegen begann die langsame Erdolchung der Front schon bald nach Ausbruch des Krieges. Dafür folgende Tatsachen:

Im Juni 1915 versandte die Parteiopposition an alle sozialdemokratischen und Gewerkschaftsblätter ein Flugblatt mit der Bitte um Abdruck, von dessen Inhalt man sich einen Begriff machen kann, wenn man folgende, damals erschienene Notiz der „Leipziger Volkszeitung“ richtig würdigt: „Wir können die Bitte um Abdruck mit Rücksicht auf die Grenzen, die uns der Kriegszustand zieht, leider nicht erfüllen.“ Das Flugblatt wurde in Massen unter der Arbeiterkassette, wie so viele ähnliche, verbreitet. In der Vorstandskonferenz vom 10. Januar 1916 kam es zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen Legen und Ebert. Legen warf dem Fraktions- und Parteivorstand vor, daß beide ihre Pflicht nicht erfüllt hätten gegenüber den Liebknecht, Kühle, Haase und Genossen. Die Fraktionsgemeinschaft mit den Disziplinbrechern hätte aufgehoben werden müssen. Entsprechende Anträge von ihm, Legen, seien jedoch abgelehnt worden. Eberts Antwort war die eines Parteibeamten, der jegliche Entscheidung dem nächsten Parteitag überlassen möchte, weshalb ihm der Redakteur Umbreit vom Korrespondenzblatt der Gewerkschaften vorwarf: es sei sein historisches Unverständnis, daß er die Dinge so formal behandle und sich auf das Organisationsstatut berufe. Bitter beklagte sich der Pergarditer Hus über die Zustände in der preussischen Landtagsfraktion unter demüthigen Anspielung auf deren Vorsitzenden, den damals als Stenographen anwesenden, jetzigen preussischen Ministerpräsidenten Hirsch, der fortgesetzt der Liebknechtgruppe die Stange hielt. „Wenn die preussische Landtagsfraktion nur noch einen Strich weiter nach links, nach der Liebknechtseite überschwenkt, dann wird es für einen Menschen, der Gewerkschaftsinteressen vertritt, unmöglich sein, das Zusammenarbeiten fortzusetzen.“ Der Schluß der Auseinandersetzung über die grundsätzliche, das ungeheure Geschehen des Weltkrieges nicht erfassende Politik des Parteivorstandes endete mit einer eindrucksvollen Rede des damaligen zweiten Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften, jetzigen Reichskanzlers Bauer: „Pflanzen wir das Banner der Gewerkschaften auf, schaffen wir ein eigenes Programm, und wenn es mit dem der Partei nicht übereinstimmt, so müssen wir unser Programm trotzdem durchsetzen!“

Die Gewerkschaftsleitungen hielten am längsten an der Auffassung fest, daß alles daran gesetzt werden müsse, um die Niederlage Deutschlands abzuwenden. Bei der „niedrigen Personalunion“ zwischen sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften wurden jedoch auch letztere allmählich von dem verderbenschwangeren Geist der Unabhängigen durchseucht. Das sprach sich allmählich bis in die höchsten Epiken durch. Besonders trat dies ein, als im Jahre 1917 Erzberger seine Agitation gegen den U-Boot-Krieg begann und damit prahlte, mit Leichtigkeit den Frieden herbeiführen zu können. Die Stockholmer Konferenzen taten das übrige, um den klaren Blick für die Realitäten der politischen Lage zu trüben. Der Gedanke des politischen Streiks zur Erringung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in Bremen und gleichzeitig zur Herbeiführung des Friedens gewann in der Mehrheitspartei sowie unter den gewerkschaftlichen Führern mehr und mehr an Boden. Die Streiks Anfang Mai 1917, angeordnet durch die russische Revolution, waren hierfür ein dumpf größtendes Zeichen.

So nahte das schwarze Jahr 1918 heran. Bei dessen Anfang brachen in Wien Hungerstreiks mit politischem Einschlag aus. Sie waren nicht ohne Einfluß auf die Januar-Februar-Streiks in Deutschland. Trotz aller öffentlichen Ablehnung fanden sie nicht nur die Billigung und Förderung der unabhängigen Sozialdemokratie, sondern auch der Mehrheitspartei, und schließlich auch der Generalkommission der Gewerkschaften. Das muß einmal mit aller Deutlichkeit festgestellt werden. Die leitende Idee war: in Rußland haben die Arbeiter gegen die Weiterführung des Krieges ihren Willen durchgesetzt, Wien ist gesiegt, tut Deutschland daselbe, so wird das auch in den Ententeländern das Signal zu gleichem Vorgehen der Arbeiter geben.

Dieser Januar-Februar-Streik in einer ganzen Reihe deutscher Städte, womit die Mehrheitspartei völlig in die landesverräterischen Bahnen der Unabhängigen einschwenkte, war einer der schlimmsten Dolchstöße in den Rücken der Front. Im ganzen feindlichen Auslande jubelte man laut auf: das ist der Anfang vom Zusammenbruch Deutschlands! Alle übrigen Gewerkschaftsrichtungen, alle bürgerlichen Parteien in Deutschland rerurteilten dagegen aufs schärfste die Streiks. Professor Brande schrieb in der „Sozialen Praxis“ einen entsprechenden Aufsatz mit der Überschrift: „Ein abschreckendes Beispiel“, in dem es u. a. hieß: „Wir verlangen vom deutschen Arbeiter bessere Einsicht und straffere Zucht in der Not des Vaterlandes, das seine Brüder an den Fronten mit ihrem Blute verteidigen.“ Und der Demokrat Professor Max Weber in Heidelberg ließ sich in der „Frankfurter Zeitung“ also vernehmen: „Jede Partei, welche direkt oder indirekt einen schlechten oder leichtsinnigen Frieden verschuldet, oder wenn sie den deutschen Unterhandlern in den Rücken fällt, den Friedensschluß erschwert, würde ihre Rolle in Deutschland ausgespielt haben. Noch nach Jahrzehnten würde ihr das nachgehen. Und diese Gefahr besteht.“

Damals fanden gerade die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk statt, worauf Weber anspielt. Es ist die unläßbare Schuld der deutschen Sozialdemokratie zur Durchsetzung ihrer auf falschen Voraussetzungen und Berechnungen beruhenden Politik, Mittel angewendet zu haben, die wie Dolchstöße in den Rücken der Front wirken und den Zusammenbruch Deutschlands mit herbeiführen mußten. Und weil sich jede Schuld auf Erden rächt, daher hat sie damit selbst das Grab für sich und ihre Ideen gegraben. Der Schuld muß die Sühne folgen: das deutsche Volk muß bei allen zukünftigen Wahlen seines Richteramtes über die Sozialdemokratie wachen.

Ein Eingeständnis des Vorwärts.

Es ist immer unangenehm, sich selbst bläuen lassen zu müssen. Manchmal aber sind die Tatsachen so unwiderleglich, daß nichts anderes übrig bleibt.

Es ist noch gar nicht so lange her, daß die Demokraten und Sozialdemokraten sich die denkbar größte Mühe gegeben haben, dem deutschen Volke den Sturz des monarchischen Systems als die erste und notwendige Vorbedingung einer künftigen Verständigungs- und Friedensordnung einzureden. Mit dem Kaiser schloß die Entente keinen Frieden — so klang es damals aus allen ihren Zeitungen und aus allen ihren Reden. Der Entente so wurde hinzugefügt, sei es um den Sieg der Demokratie zu tun, und je rascher und gründlicher das deutsche Volk die Monarchie zum Teufel jagt, und die wahre und echte Demokratie auf den Thron setze, umso zarter und weicher werde die Hand der Entente sein. Wer damals sagte, daß man dem deutschen Volke zuredet, in eine plumpe östliche Kasse zu oehen, der galt als Aequivalenzversteher und wurde als Friedensfeind verdächtigt. Das alles ist, wie gesagt, noch nicht sehr lange her. Es hat sich sicher noch im Gedächtnis eines jeden und namentlich eines jeden, der das zweifelhafte Glück genossen hat, jene Phrasen von der demokratischen Verständigung im Vorwärts an jedem Tag zweimal zu lesen. Trotzdem fühlt sich das Zentralkomitee der sozialdemokratischen Partei in seiner Morgenausgabe vom 5. Januar bewogen, folgendes Bekenntnis abzugeben:

Wir haben niemals das wahre Ge-
fühl der Weltbeglückung verkannt, die
Frage des ländlichen und völkerverfeindenden Kapitalismus der Weltmächte, der wohl auf den
Schlächtern gestiegen hat. Solange jedoch in
irgend einem Lande der Sozialismus sich an-
schickt, seine Herrschaft auszubreiten, solange
wird der Entente-Kapitalismus seinen Geldzug
fortsetzen. Deshalb wird er zehnmal tie-
fer Sabotage und, wenn es sein muß,
sogar Hohenzollern in Kauf neh-
men, als eine sozialistische Arbeiter-Regierung.
Geld- und Soldatenkönige sind Fleisch vom
Fleische der englischen wie amerikanischen
Machtgeber."

Der Vorwärts hat diese Sätze im Zorn darüber
verbrochen, daß "die Schandsturen in Ungarn" —
das Strafgericht über den Bolschewismus — sich
"vor den Augen der Entente vollziehen. Die
ehemals ihren Willen vorgelebten, es gäbe
einen Kreuzzug zu führen für Recht und Mensch-
lichkeit, sie rüsten keinen Finger für die Un-
glücklichen, die Reaktion greift unter ihrem
Schutz und feiert fröhliche Menschenjagd." Es
ist immerhin bemerkenswert, daß dem Vorwärts
erst angesichts der Vorgänge in Ostpreußen vor der
Entente zu grauen beginnt. Als die Entente das
deutsche Volk in ihren Fängen hielt, um es zu er-
drücken, war der Vorwärts einer derjenigen, die
das falsche Gesicht der Entente streichelten und
dem deutschen Volke zuredeten, es für das wahre
Gesicht zu nehmen. Damals half der Vorwärts
so lange nach, bis die Revolution das Werk voll-
endet hatte und das deutsche Volk in der Kasse
festsaß. Das soll ihm auch jetzt nicht vergessen
werden, nachdem er anscheinend zur besseren Ein-
sicht gekommen ist.

„Vorwärts“ und „Mk“.

Vor längerer Zeit hat Theobald Tiger (Dr.
Tugolsky), der Redakteur des „Mk“, der bekann-
ten Beilage des „Berliner Tageblatts“, in der
„Weltbühne“ nachstehendes geschmackvolle Gedicht
über die Offiziere des alten Regimes erscheinen
lassen:

Die Leutnants fressen und saufen und huren,
An sie nicht gerade auf Urlaub fuhren.
Die Leutnants saufen und huren und fressen
Das Fleisch und das Weizenbrot wessen?
Die Leutnants fressen und huren und saufen,
Der Mann kann sich kaum das Nötigste kaufen.
Und hungert. Und krummt. Und schwitzt. Und
Bis er freier ist."

Anschließend daran hieß es einige Zeilen
weiter:

Rennt Ihr es auch Freiwilligen-Berühnde,
Es sind doch die alten schmutzigen Hände."

Daraufhin haben der Reichswehrminister und
der Chef der Heeresleitung Reinhard Strafantrag
gegen den Verfasser und gegen den ersten Ver-
öffentlicher wegen Beleidigung ihrer Truppen ge-
stellt. Da aber ein Teil der mehrheitslos allstän-
digen Presse dieses Machwerk mit bekannter Vor-
urteilslosigkeit nachgedruckt hatte — wahrscheinlich
aus dem überquellenden Gefühl unbegrenzter
Dankbarkeit gegen diejenigen, die die mehrheits-
sozialistische Regierung mit Blut und Leben ver-
teidigten — so erleben wir vielleicht das inter-
essante Schauspiel, daß der sozialistische Reichs-
wehrminister gegen seine Parteipresse Strafantrag
zu stellen gezwungen ist. Der „Vorwärts“ meint
zu dieser, ihn offenbar nicht sehr beflüßenden
Aussicht: „Man sollte meinen, es gäbe heute
größere Sorgen, als hinter ein paar Reimen her-
zulaufen.“

Die Herren des „Vorwärts“ verwechseln Ur-
sache und Wirkung. Auch unserer Ansicht nach
gibt es größere Sorgen, nämlich größere Sorgen
für die verantwortliche Regierungs-Sozialdemo-
kratie, als in ebertrüchtige und unwahre Gemein-
heiten über diejenigen abzubringen, von denen 40
Prozent, d. h. doppelt soviel, als bei den Mann-
schaften, für ihr Vaterland ihr Leben gelassen und
anhangewiesenermaßen etwa 5 Prozent unverwun-
det aus dem Weltkrieg zurückgekehrt sind. Und
dasselbe gilt von denjenigen Männern, deren
selbstlose Opferwilligkeit die 3. R. regierende,
mehrheitslos allistische Demokratie die Erhaltung
ihres wackelnden Kränzens zu verdanken hat.

Im übrigen möchten wir an die Kreise der-
jenigen Organisationen, die sich die Bekämpfung
des Antisemitismus zur Aufgabe machen, die
Mahnung richten, nicht lediglich hinter antisemi-
tischen Flugblättern herzuläufen, sondern sich ein-
mal die Frage vorzulegen, ob der Antisemitismus
durch derartige Unversämtheiten, die bei Blät-
tern vom Schlage des „Mk“ an der Tagesordnung
sind, nicht tausendmal mehr gefördert wird, als
es durch seine eigenen Anhänger geschehen kann.

Die Politik der Woche.

Die Presse der Mehrheitsparteien veranstaltet
noch wie vor ein Kesseltreiben gegen
die Rechte als den geistigen Urheber des
Attentats auf Erzberger. Die notwendig heftige
Fehde gegen den Politiker Erzberger trage allein
die Schuld an dem Anschlag. Es fallen da die
benalsten Beschimpfungen, man spricht, wie der
„Vorwärts“ von der „Partei der Reichsmör-
der“ und jalet von einer „Freunde der Reak-
tionäre“. Man wird dem „Vorwärts“ ohne wei-
teres zugeben, daß er wirklich eine Partei
gibt, auf die eine Bezeichnung wie die erste
passen würde. Hat doch eine Partei in Deutsch-
land in ihrem offiziellen Parteikalender Jahr für
Jahr alle Attentäter gegen Staatsoberhäupter
verherrlicht. Diese Partei dürfte dem „Vor-
wärts“ nicht ganz unbekannt sein. Es gibt auch
ein Blatt, das noch in dieser Woche geschrieben
hat, ein anderes Blatt habe „die Herren
Attentäter beschimpft, wenn sie nur ein Loch in
die Luft erschossen hätten, der irgend ein Gottes-
gnadenbesitzer hinfällig geschätzte, ihn zu um-
geben.“ Nicht wahr, das ist doch eine sehr wirk-
same Art, den Lesern gegenüber Attentaten das
Gewissen zu schärfen? Auch dieses Blatt ist dem
„Vorwärts“ sehr genau bekannt, da es nach
Namen, Redaktion usw. mit ihm identisch ist.
Und vielleicht erinnert sich die wünschenswerte
Linke daran, daß sie keineswegs überschäumte aus
moralischer Entrüstung, wenn von links her der
Versuch gemacht wurde, den politischen Nord zu
propagieren. Es ist uns z. B. kein Einspruch die-
ser Kreise in Erinnerung, als in einer in Berlin
von Angehörigen der linken sozialdemokratischen
Parteien besuchten Verleumdungskampagne gegen
„Reaktion“ und deutschnationale Kundgebungen
der Mehrheitssozialist Büchel erklärte, er be-
dauere es, am 9. November vorigen Jahres Blut-
vergessen zu verhindern zu haben. Wenn die Reak-
tionäre nicht bald von ihrer Methode abstecken,
werde ihnen manches passieren. Die Arbeiter-
schaft wird arbeitslos, und es wird in Groß-Berlin
nicht genug Laternenpfähle geben, um Linden-
dorff, Helfferich und das andere Gesindel daran
anzuknüpfen. Auch ist uns nicht bekannt, daß sich
in der linksstehenden Presse eine so gewaltige Er-
regung wie jetzt ereignet hätte, als der Sozial-
demokrat Friedrich Adler den Großen Stürgkh er-
mordete. Vielmehr ist der Mörder gelegentlich
der österreichischen Revolution einer der Führer
des österreichischen Volkes geworden, ohne daß
ein Wort der Abneigung gegen diese politische
Praxis von links her geltend gemacht worden
wäre. Und was es mit der „Freunde der Reak-
tionäre“ auf sich hat, so ist festzustellen, daß nach
der Entwicklung, die der Prozeß Helfferich-Erz-
berger genommen hat, das Aussehen des
Rechtslägers von niemand mehr bedauert werden
konnte, als eben von den „Reaktionären“. Das
ganze Verfahren und sein politischer Zweck fallen
in sich zusammen, wenn Herr Erzberger nicht im
Gerichtssaal seinen Mann stellen kann. Das
heißt, wenn er nicht rasch wiederhergestellt und ge-
kräftigt nach Moskau zurückkehrt. Wir stehen in
einer schweren politischen Krise. Diese Krise ist
mit dem Namen Erzberger unlösbar verbunden.
Und sie sollte, wie das eben hier und da vor-
kommt, angetragenen werden nicht im Parlament
und nicht in der Presse, sondern vor einem Straf-
gericht. Eine einfache Beleidigungssache ist zur
Staatsaktion geworden. Die Staatsaktion tobt
nicht um einen beliebigen Bauer oder Müller —
diese Herren vertreten, mühte man sagen, mehr
eine Gattung als ein Eosiem —, sondern sie wird
ausgesprochen um die Persönlichkeit Erzbergers,
von deren Entlassung oder Rechtfertigung alles
abhängt. Dreimal Jammer und Schade, daß ein

grüner Junge dazwischensteht. Denn jetzt beginnt
die Verwirrung der Begriffe!

Im Augenblick, da diese Zeilen geschrieben
werden, ist die Reichsmark in der Schweiz 4
4½ Pfennige wert. Diese entsetzliche, noch
nicht dagewesene deutsche Valuta kann in 24 Stun-
den noch auf dieser „Höhe“ sein. Sie kann aber
auch noch tiefer sinken. Jedenfalls hat außer
den Silber- und Goldschiebern jedermann im
deutschen Reich Grund, mit größter Sorge in die
Zukunft zu sehen. Dieser Sorge hat kürzlich in
der Preussischen Landesversammlung der Land-
wirtschaftsminister Otto Braun den stärksten
Ausdruck gegeben, indem er sagte: „Es kommen
noch viel schlimmere Zeiten, als wir sie jetzt zu
ertragen haben.“ Und dann: „Wir kommen bald
an den Punkt, wo wir im Ausland nichts mehr
kaufen können.“ Nun, bei einem Markkurs von
4½ Pfennigen sind wir doch an dem Punkt, wo
wir mit dem deutschen Papier nichts mehr kaufen
können. Und wenn wir mit den Banknoten, wie
einst die Franzosen mit den Assignaten, die Wände
zu tapezieren beginnen, so ist eben der Staats-
bankrott fertig. Noch trauen sich wenige an die
schwierigen Zukunftsaufgaben. Was wird
aus der Kriegaanleihe? Das Rettungsmittel,
das ja zurzeit von den maßgebenden Fi-
nanz-Medizinmännern verschrieben wird, ist die
radikale Besteuerung und das Reichs-
notopfer. Also die Million Erzbergers. Schon
hört man aber, daß die neuen Steuerentwürfe
erfolgen sollen, sondern daß es vorläufig bei
denen von 1919 verbleibt. Auch soll der Stichtag
für die Vermögensabgabe auf den 31. Dezember
1920 verlegt werden. Alles Zeichen der Schwäche
und des Rückzuges. Wenn aber die neuen
Steuern ein Schlag ins Wasser werden, wer ret-
tet dann die Kriegaanleihe und die Banknoten
und die Kriegsschuldigung? Die Entente? Der
Völkerbund? Das amerikanische Finanzdeparte-
ment hat dem Kongress in Washington mitgeteilt,
daß weder der amerikanische Kontinent, noch
Europa im Augenblick finanzielle Unterstützung
von Seiten der amerikanischen Regierung oder von
privaten Bankiers erwarten. Also eine Absage?
Aber vielleicht liegt der Ton der Warnung auf
den Worten: im Augenblick. Denn Amerika hat
ja den Frieden noch nicht ratifiziert. Aufsehen er-
regen jedenfalls die englischen Meldungen, wonach
Lord George mit einer neuen Orientie-
rung aus Paris nach London zurückgekommen
sei. Das wesentliche: Der Kredit Deutschlands
müsse wiederhergestellt werden. Der erste Schritt
werde vielleicht eine große Anleihe von Deutsch-
land sein. Hat Hollands großzügiges Vorbild ge-
wirkt? Es wäre ein Hoffnungsstimmer. Aber
man kann in der furchtbaren Nacht, die über uns
hereingebrochen ist, kaum daran glauben. Und
wenn die Hilfe von außen wirklich kommt, die be-
stehende heillos verwirte Finanzwirtschaft wird
nicht mehr getötet. Auf ihren Trümmern
vielleicht baut sich eine neue Währung auf.

Zu der Debatte über die Zwangs-
wirtschaft, die am Dienstag im Preussischen
Landtag stattfand, hat auch der preussische Land-
wirtschaftsminister Braun das Wort ergriffen.
Bemerkenswert waren seine prinzipiellen Aus-
sagen über die Zwangswirtschaft. Bemerkens-
wert weniger wegen ihres wirtschaftspoliti-
schen Wertes, als vielmehr wegen ihrer selbst-
kritischen Bedeutung. Braun sagte, die Zwangs-
wirtschaft habe zwar nicht das Durchkommen bis
zum heutigen Tage ermöglicht, sie habe aber, wie
während des Krieges, auch heute noch produ-
ktionsschmeind gewirkt. Wie anders klang's
doch früher! Jetzt, wo man es sozusagen mit ge-
schlossenen Augen sieht, daß die Theorie unwei-
gerlich in die Brüche gehen muß, wo nur noch die
Wahl zwischen dem Entwerder und dem Oder ist,
wenn in den nächsten Monaten sich die Hunger-
katastrophe schon einstellen kann, jetzt findet man
den Mut, oder vielmehr jetzt kommt man in die
Verleugung, die alten Götter abzuwerfen zu müs-
sen. Die Einsicht kommt spät, vielleicht schon zu
spät. Was nützt es, daß die preussische Regierung
— die Mehrheitsparteien sind allerdings noch ge-
teilter Ansicht, da die Sozialdemokraten die Auf-
rechterhaltung der Zwangswirtschaft wünschen

jeht a
dah li
Pr o
der Ne
Ansch
Braun
müssen
auch k
orient
ber
Di
den e
land,
sich so
seinen
wend
rend
abwa
lung
den n
bisher
heraus
wärt
etwas
Inter
gebiet
europ
sonder
zieht
im Ju
Westr
mus b
Funde
Ge g
lischen
vrd b
und so
kann
zung
die vo
deutli
nervol
blems
Erfolg
Tae
scheine
weiter
lands
hunder
gen M
der P
Schick
rein a
Elem
tischen
w
m
denn
gef
Opfer
— für
grund
polit
liegt
der M
Wi
tze
Kolae
wirtsch
schaft
zum
des be
Märre
widun
ind, d
bahnen
Frank
Anter
der im
Sak ge
leicht
franzö
zum e
grün
geh
schen
deutlich

jetzt zu diesem Erkenntnis gelangt. Was nützt es, daß sie die Notwendigkeit der ungeheuren Produktion feststellt, was nützt es, solange der Reichswirtschaftsminister Schmidt an den alten Ansichten festhält. Wir können in dem „Umsatz“ Brauns kein erfreuliches Ereignis erblicken, wir müssen vielmehr mit Bedauern feststellen, daß auch hier wieder das Volk die Lasten der einseitig orientierten sozialistischen Regierungspolitik und deren fehlgeschlagenen Experimente zu tragen hat.

Die unheilvollen Folgen des Friedens von Versailles nicht nur für Deutschland, sondern für die gesamte Welt zeigen sich so deutlich, daß schon jetzt, unmittelbar nach seinem Inkrafttreten, kein Zweifel über die Notwendigkeit seiner Revision bestehen kann. Während es bei uns wirtschaftlich und finanziell rasch abwärts geht, zeigt ein Blick über die Entwicklung der Dinge im Auslande, daß nicht nur in den neutralen Ländern, sondern auch bei unseren bisherigen Gegnern aus dem Zwang der Dinge heraus die Einsicht schnell zunimmt, daß der gegenwärtige Zustand unhaltbar ist und daß irgend etwas geschehen muß, um der auch für ihre eigenen Interessen bedrohlichen Entwicklung Einhalt zu gebieten. Nicht nur Deutschland und Mitteleuropa sind wirtschaftlich und finanziell ruiniert, sondern auch das große russische Reich entzieht sich der Gemeinschaft der Weltinteressen und im Zusammenhange mit der gegen das englische Weltreich gerichteten Bewegung des Bolschewismus besteht auch in der Welt des Islams zunehmende Gärung und Unruhe. So ist eine Umwälzung in der Haltung unserer Gegner zu konstatieren. Nicht nur in der englischen, sondern auch in der französischen Presse wird das Wort „Revision“ des Friedens so häufig und so nachdrücklich ausgesprochen, daß man sagen kann: die Weltdiskussion über die Aenderungen des Versailler Vertrages ist eröffnet. Für die veränderte Haltung Englands erkennen wir deutlich zwei treibende Faktoren: die eigene innerpolitische Entwicklung einschließlich des Problems Irland und den Druck der bolschewistischen Erfolge auf das britische Weltreich in Asien. Die Tage der Koalitionsregierung von Lloyd George scheinen gezählt. Das schnelle Anwachsen der Arbeiterpartei hat das ganze politische Leben Englands in Bewegung gesetzt: die alten, seit Jahrhunderten bestehenden ehrwürdigen Parteibündnisse scheinen überlebt und eine neue Gruppierung der Parteien nach wirtschaftlicher und sozialer Schichtung scheint bevorzustehen. So wird schon rein äußerlich durch das Ausscheiden Wilsons und Clemenceaus und die Verschiebung der innerpolitischen Kräfte in England dargetan, daß sich die Welt in Unruhe und Gärung befindet. Die Verurteilung jedes unangebrachten Optimismus — denn auch das niedergeworfene, nicht mehr festgefügte Deutsche Reich kann dieser Gärung zum Opfer fallen, wenn es sich nicht selbst wiederfindet — dürfen wir doch das eine feststellen: der Hauptgrund für den Wechsel der Staatsmänner und die politische Umgruppierung bei unseren Gegnern liegt in der falschen Einschätzung von Deutschlands wirtschaftlicher Stellung und politischer Rolle in der Welt.

Wie hier vorausgesagt wurde, hat das Abtreten Clemenceaus unmittelbar die Folgen gehabt, daß in Frankreich die Erkenntnis wirtschaftlicher und finanzieller Interessengemeinschaft mit Deutschland doch schon etwas deutlicher zum Ausdruck gelangt, als unter der Herrschaft des demnächst nach Kairo reisenden Diktators. Während es in England die innerpolitische Entwicklung und die Gefahren des Bolschewismus sind, die einer Revision des Friedens den Weg bahnen, stehen für das ausbeutete und verarmte Frankreich die wirtschaftlichen und finanziellen Interessen im Vordergrunde. Neben dem Wut der immer noch in den bekannten Phrasen von Haß gegen den besiegten und Kriech vor dem viel leicht wiedererkennbaren Gegner schwelgen, haben französischen Presse lasen wir vor wenigen Tagen zum ersten Male in einem der großen Pariser Blätter, daß die Knechtschaft der deutschen angeblich als Ursache für die in Folge der wirtschaftlichen Entwicklung stark zurückgefallene Stellung der deutschen Regierung noch nicht überwunden werden

daß der Vertrag von Versailles revidiert werden müsse, daß die in ihm vorgesehene Politik des Auslaugens Deutschlands auf Jahrzehnte hinaus schlimm und gefährlich sei und daß die Forderungen, welche die Entente heute an Deutschland habe, durch den Friedensvertrag nicht eingebracht werden könnten. Mit traueriger Genugtuung stellen wir diese spät beginnende Einsicht eines Teiles der französischen Öffentlichkeit fest.

Aus Welt und Zeit.

Reis für das Betriebsrätegesetz?

Aus Bernigerode wird ein Fall berichtet, der auf das selbstmörderische Gebaren unserer Arbeiterbewegung ein bezeichnendes Licht wirft. Der Leiter der Harz-Querbahn Nordhausen-Bernigerode, Direktor Rudloff, hat infolge von Differenzen mit den Eisenbahnarbeitern seinen Betriebes von seinem Posten zurücktreten müssen. Die Arbeiter waren vernünftigen Erwägungen überhaupt nicht zugänglich. In einer Versammlung in Bennedensien versuchte der Vorsitzende des Aufsichtsrates der genannten Bahn, der Stadtverordnetenvorsteher Büchting, die Arbeiter vor ihrem terroristischen Vorgehen abzubringen. Er machte ihnen zu dem Zweck die Mitteilung, daß Direktor Rudloff bei sofortiger Entlassung Anspruch auf eine kontraktliche Entschädigung von 70 000 M. habe. Die Arbeiter blieben bei ihrem Verlangen und der Direktor mußte gehen. Dabei war er es gerade gewesen, der die Bahn, nachdem sie lange mit Unterbilanz gearbeitet hatte, wirtschaftlich in die Höhe gebracht und auf eine gesunde Grundlage gestellt hatte. — Man muß sich angesichts solcher Vorgänge wirklich fragen: Was werden Arbeiter von der Art dieser Terroristen erst mit der Waffe anfangen, die ihnen das Betriebsrätegesetz in die Hand gibt?

Würdelosigkeit eines demokratischen Ministers.

Man schreibt aus Mainz: Das große Glend unseres Vaterlandes läßt die große Doffentlichkeit im Reiche achtlos an mancher traurigen Erscheinung vorbeigehen, die es an sich schon verdient, einmal gebührend niedriger gehängt zu werden. So haben wir im hessischen Ländchen als „Minister für das Bildungswesen“ einen fanatischen demokratischen Parteimann und Bogelfinken den Philologen Dr. Strecker. Er möchte gern „hohnredend“ im Schulwesen vorgehen. Allzuviel ist nun allerdings in Hessen, dem alten Musterlande liberaler Schulpolitik, nicht mehr zu tun. Im Gegenteil: der Herr Schulreformer hat mit heftigen konfessionellen Ansprüchen des Zentrums zu kämpfen. Daß Kaiserbilder usw. verschwinden mußten ist ja unter diesem System selbstverständlich. Anhängen besitzt der Herr Minister in der Lehrerschaft nur bei dem täglich weiter werdenden Kreise radikaler Volksschullehrer, die Lehrer der Mittelschulen haben ihm schon mehr als ein Mißtrauensvotum erteilt. Nun ist aber etwas geschehen, was dem Tag den Boden ausstößt. Alle Parteien des Landtages haben eine dringliche Anfrage gestellt, was die Regierung gegenüber dem Schulprogramm des Vorsitzenden der internationalen Kommission, Tirard, zu tun gedenke. Dieser hat am 21. Oktober in Paris angekündigt, daß der deutsche Schulunterricht überwacht werden müsse. Die Schüler müßten in den demokratischen Traditionen Frankreichs herangebildet werden. Die Antwort der hessischen Regierung ist schriftlich ergangen; sie enthält eine Rede, die Herr Dr. Strecker halten wollte, und ist 20 Spalten lang. Eine klare Antwort vermißt man, das Ganze ist ein pazifistisches Gekramel, von Diskussionen getragen und Hoffnungen erfüllt. Einige Sätze mögen das kurz beweisen: „Auch wir erstehen ja als die Unterworfenen mit Bitten vor den Siegen.“ „Wir wollen wieder gutmachen.“ „Selbst ein Bismarck hat von der deutschen Erziehung Wahrhaftigkeit verlangt.“ „Ist nicht ganz Frankreich für die Welt die Verkörperung des Willens und der Sehnsucht der Menschheit nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit?“ In diesem würdelosen Tone umschweifelt ein „deutscher“ demokratischer Minister spaltentlang die Unterdrückung seines Volkes. Kein Wunder, daß uns die Gegner als Lakaien einschätzen.

Was man alles im „Berliner Tageblatt“ findet.

Herr Theodor Wolff beschäftigt sich in seiner Montagsrückschau sehr eingehend mit dem als Präsidentschaftskandidaten durchgefallenen französischen Ministerpräsidenten Clemenceau und schreibt das z. B. in seiner bekannten, mit feuilletonistischen Brillanten aufgeputzten Manier:

Clemenceau hat im hohen Alter die Rolle jenes Appian Claudius spielen dürfen, der sich in den Senat führen ließ, als viele schon zur Unterwerfung zum Frieden mit Porcius geneigt schienen, und die Fortführung des Krieges erzwang. Er konnte sich auf das Wort Ciceros berufen: „Und wenn ihr die Geschichte der Ausländer lesen oder hören wollt, so werdet ihr finden, daß die größten Staaten von jungen Männern erschüttert, von alten hingegen aufrecht erhalten und wieder hergestellt worden sind.“

Sehr richtig, Clemenceau hat Frankreich gerettet. Herr Wolff belächelt ihm das freundlich und dankbar. — Ein solches Maß von patriotischem Verständnis hat er allerdings nie aufzubringen vermocht, als es galt, Deutschland in ähnlichen Lagen durch- und hochzuhalten.

Weiter schreibt Herr Wolff in demselben Artikel, daß die deutsche Nationalversammlung in unglaublicher Verwirrung bestimmt habe, daß der Präsident direkt durch das Volk gewählt werden solle. Dies sei eine sehr gefährliche Aenderung. Ei, Herr Wolff! Haben Sie sich das auch gut überlegt? Was werden Ihre demokratischen Freunde wohl dazu sagen?

Zum Schluß schreibt der große Politiker des „B. T.“, auch diejenigen, denen Clemenceau seinen Gewaltfrieden auferlegt habe, wünschen ihm einen langen Abend ohne körperliche Beschwerden, in Rücksicht zur Philosophie. Besser ist schon, wir wünschen Herrn Clemenceau gar nichts. Aber Herr Wolff muß es ja wissen. Das „B. T.“ ist auf dem richtigen Wege. Kürzlich erst die Kriecherei des Herrn Kapitäns Versius vor der Arbeitsmethode Lord Churchills und heute Herr Wolff auf den Knien vor Clemenceau, dem „Retter des Vaterlandes“.

„Spotten ihrer selbst...“

Die Unabhängigen werden in der nächsten Botsdamer Stadtverordnetenversammlung durch den Abg. Wolter einen Antrag zur Wahl eines gemischten Ausschusses von Magistratsmitgliedern einbringen. Dieser Ausschuss soll die Aufgabe haben, die Namen der in den letzten 30 Jahren angelegten Straßen einer Nachprüfung zu unterziehen und „gegebenenfalls“ eine Abänderung der Namen vorzunehmen. — Bekanntlich tragen in Potsdam viele Straßen Namen, die mit den letzten Hohenzollern zusammenhängen. So gibt es eine Kaiser-Wilhelm-Straße, eine Kaiserstraße, eine Cecilienstraße u. a. m. — Diese unabhängige Fraktion — „Spottet ihrer selbst und weiß nicht wie“. Sie werden die Geschichte auch nur der letzten 30 Jahre schwerlich umschreiben machen können. In Potsdam redet jeder Stein von den Hohenzollern, auch wenn die Streckenbilder mit den Namen Geyer, Henke und ähnlicher Größen geziert sind.

Beherzigenswert

It auch heute noch das Wort, das der bekannte Sozialist Cohen-Reuk auf dem 2. März, 1907, im März in Berlin sprach; er sagte nicht gerade zur Freude seiner Genossen:

„Wir haben während der 50jährigen Existenz der Sozialdemokratie viele Fehler gemacht (Hört, hört! links). Ist es nicht so, daß wir in den Kritik viel weiter gegangen sind, als wir im kleinen Kreise als bereit zu erkennen? Wir haben überlebt, kein gutes Haar an den anderen gelassen und die Menschen für ein Enkelverantwörtlich gemacht, ohne die tatsächlichen Schwächen zu berücksichtigen. In übertriebener Weise haben wir unsere Anhänger gelobt und ihnen ein Paradies versprochen. Wir haben unsere Anhänger Meißel auf die Zukunft ausgehauen, und jetzt können wir sie nicht einlösen. (Sehr richtig! — Widerspruch links). Die in 50 Jahren verlebte Menge (Sturmstöße)

Unterbrechungen. Auf: Verhaft? — Unverhört!) — was, sagen wir, die Menge, der man infolge übertriebener Agitation das Himmelreich auf Erden versprochen hat, wird dann dem zulaufen, der ihm mehr verspricht. (Zuruf: Das haben Sie wohl gemacht.) — Die ganze Sozialdemokratie hat das gemacht. Ich habe es bald erkannt und habe andere Bohnen bestritten.“ —

Der Nahrungsmittelkontrolleur als Schwarzschlichter.

Bei der Beratung des Gesetzentwurfes der sächsischen Regierung, durch den die Kosten für die Ueberwachungsausschüsse den Gemeinden auferlegt werden sollen, wies der Abg. Bentler auch darauf hin, daß es nötig sein würde, bei der Ausschuhberatung dieses Gesetzentwurfes die Frage zu prüfen, ob und inwieweit bei der Auswahl der Mitglieder dieser Ueberwachungsausschüsse nicht etwa auch der Sozialdemokrat gemacht worden sei. Diese Frage machte den Wirtschaftsminister Schwarz sehr nervös und hat wahrscheinlich auch mit dazu beigetragen, daß er sich daransetzend bis zu seiner bekannten Hängeauforderung verstieg. Daß aber die Frage des Abg. Bentler sehr berechtigt war, wird bewiesen durch die jetzt bekannt gewordene Tatsache, daß eines der ständigen, d. h. gegen hohe Bezüge fest angestellten Mitglieder des Ueberwachungsausschusses bei der Kreishauptmannschaft Dresden sein Amt niederlegen mußte, weil bei der Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen Schwarzschlichtung gegen ihn anhängig gemacht worden ist. Minister Schwarz betonte seinerzeit in der Volkshammer ausdrücklich, daß er sich die Auswahl der ständigen Mitglieder der Ueberwachungsausschüsse vorbehalten müsse und daß ihm für diese Ämter Gewerkschaftssekretäre als die geeignetsten Anwärter erschienen. Dementsprechend war auch die Besetzung der Posten bei der Kreishauptmannschaft Dresden erfolgt. Recht interessant ist übrigens auch, daß auf einer kürzlich abgehaltenen Konferenz der Mitglieder der örtlichen Ueberwachungsausschüsse mehrere Genossen-Ausschussmitglieder bitter darüber Beschwerde führten, daß ihnen gerade aus den Kreisen ihrer Parteigenossen heraus so arge Schwierigkeiten bereitet würden, und daß sie deshalb froh wären, wenn sie von ihrem Amt entbunden würden. Aus diesen Klagen geht hervor, daß jedenfalls sehr häufig auch Genossen festgesetzt würden, die ebenso wie andere Sterbliche gegen die Nationalisierungsbestimmungen gelündigt hätten, daß aber diese Sünden wohl der Meinung waren, daß die Ueberwachungsausschüsse ausschließlich zur Schikanierung der landwirtschaftlichen Erzeuger da seien. Man darf gespannt sein, wie sich nunmehr die sozialdemokratische Presse zu diesen Fällen, die sie bisher schamhaft verschwiegen hat, stellen wird.

Der Schlossherr von Sacrow.

Der preussische sozialdemokratische Finanzminister Südekum hat sich das idyllisch unweit der Havel gelegene Schloß Sacrow zum Wohnsitz erwählt. Zu dem Schloß gehört ein großer Park, der mindestens 10 Morgen umfaßt, außerdem auch noch ebensoviel Land; letzteres ist aber als Ackerland kaum verwertbar, da es sich um sehr leichten Boden handelt. Im Parterre des Schlosses bewohnt der Gärtner, der lange Jahre dort befehligte seines Amtes waltete, eine Künzsaalwohnung. Jetzt ist nun diese Wohnung des Schlosses öffentlich ausgeschrieben als Wohnung im Schloß Sacrow mit dem zu dem Schloß gehörigen „Landgut“. Das Gut besteht aus dem Park und dem kaum landwirtschaftlich zu bebauenden Land. Der Mieter des Parterres des Schlosses soll die Verwaltung übernehmen, den Park instandhalten. Selbstverständlich beansprucht der Minister Südekum das Recht, den Park für sich benützen zu können. Ein er muß doch schließlich an der Republik einen Vorteil haben.

Kampf gegen die Oplunzig-Zigarettensteuer.

Jetzt, da sich große deutschen Zigarettenfabriken wegen des Mangels an türkischen und bulgarischen Tabaken entschlossen haben, englische und

amerikanische Zigaretten einzuführen und die Gefahr einer allgemeinen Volkserkrankung nahe liegt, scheint es angebracht, den Klagen und Befürchtungen auf den Grund zu gehen. Man hat daher beschlossen, wenigstens etwas gegen diese Gefahr zu tun und in der Deutschen Volkspartei in Braunschweig einen Ausschuss eingesetzt, der sich mit dieser Frage befassen wird. Chemische Untersuchungen haben ergeben, daß diese Zigarette Gifte enthält, die von schädlicher Wirkung auf den menschlichen Organismus sind. Der vom Volksmund als Opium bezeichnete Stoff in der Wirklichkeit Kokain. Als chemisches Element steht das Kokain in der Gruppe der Narkotika. Der Zettelsche (Chloroform, Äther, Alkohol, Leuchtgas) und wirkt zunächst auf die Nervenenden anregend oder reizend, dann lähmend. Bei nachhaltigem Einfluß erfolgt Lähmung der Reflexe und Beeinträchtigung des Atmungszentrums. Die Wirkung geht vom Gehirn aus und beginnt mit Schläffigkeit, Benommenheit, Bewußtlosigkeit, zuweilen mit Krampfanfällen. Besonders die Hungerjahre im Krieg haben den menschlichen Körper für das Kokain empfänglicher gemacht. Jedenfalls wäre es nicht nur für unsere Vasuta und unsere heimische Zigarettenindustrie, sondern vor allen Dingen für unsere Volksgesundheit dringend notwendig, gegen diese schädliche Senke mit allen Mitteln anzukämpfen.

Eisenbahngossen.

Von Berthold Wolf, Duisburg.
Wenn du den Bahnhof betrittst, laß alle Hoffnung hinter dir.
Den Fahrplan sch' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.
Der ärmste Einsall der Eisenbahnverwaltung war der reiche Ausfall an Zügen.
Jede Fahrkarte gibt ein sicheres Anrecht auf Nichtbeförderung.
Wenn wieder einmal Ordnung sein wird, kann man später früher ankommen.
Daß in jedem Zuge nur ein Hundesteil, ist erstaunlich. Ist doch die Eisenbahn ganz auf den Hund gekommen.
Auf einen Schaffner rechnet man 100 Reisende und 1000 Beschwerden.
Auf der Eisenbahn wird heute angeblich nichts verkauft, wenn man von den Anschlüssen absteigt.
Der Betier des Dienstes nennt man Vorsteher, weil er den früheren Reklungen erheblich nachsteht.
Auch im Eisenbahnkursbuch herrscht eine schlechte Paluta.
Der Mangel an Heizung muß jeden Reisenden kalt lassen.

Ein Wort Luthers.

„Der tolle Pöbel aber fragt nicht viel, wie es besser werde, sondern daß es nur anders werde; wenn's denn ärger wird, so will er abermal ein Andres haben.“ So kriege er denn Hummeln für Klagen und zuletzt Hornissen für Hummel.

Wendung.

Einzig hieß es: den Geist der Vergangenheit fragen, vor allem zu allem: fröhlich-fröhliches Wagen, Getrennt zu marschieren, vereint zu klagen, Als würdige Erben der großen Zeit Kämpfend zu sterben freudig bereit Für unser Vater Land.

Hent heißt's: zu den Sternen der Zukunft schauen, Nach allem, trotz allem der Arbeit vertrauen, Getrennt zu — wählen, vereint zu bauen Am großen Dome der neuen Zeit, Schaffend zu leben freudig bereit Für unser Kinder Land.

G. Schattai.

Humor vom Tage.

Rom Herrn „Sozialismus“, dem Gegenpart des seligen Eeren Simus, erzählt Rosseiers Heimarten folgenden neuesten Geistesblitz: Der Sekretär meldete: „Unsere Paluta kann ich nicht erhalten.“ Sozialismus: „Ja, was fehlt denn dem Frauenzimmer?“ „Acht Tage kräuter.“ Der Sekretär: „Die Paluta ist gefallen.“ Aus Zürich wird gemeldet: „...“ Altemeil, die

Paluta“ größte Sozialismus. „Zuerst erholt sie sich nicht, und jetzt ist sie gar gefallen! Warum hat man die leistungsfähige Person auch allein in die Schweiz fahren lassen? Wenigstens ein Arztbeirat hätte sie begleiten sollen!“

Entwicklungsgänge in der Siegerländer Berg- und Hüttenindustrie.

Unsere Berg- und Hüttenindustrie war in früheren Zeiten in Händen einheimischer Gewerlen. Jetzt hat sich dieses Bild nahezu ins Gegenteil verkehrt, und es scheint angebracht, dem geschichtlichen Verlauf dieser Entwicklung einmal kurz nachzugehen.

Die Entwicklung setzte ein zu Beginn der siebziger Jahre; die Firma Krupp war die erste, die es verstand, einen erheblichen Teil unserer Eisensteingruben in ihren Besitz zu bringen. Sie erstand damals den größten Teil des den Familien Stein und Krämer aus Kirchen geerbten Grubenbesitzes. Der Kaufpreis war selbst für damalige Zeiten recht hoch; betrug er doch mehrere Millionen Taler. Krupp erwarb damals u. a. die Gruben Bindweide bei Sternbach, Friedrich Wilhelm und die Hälfte Bollbach bei Herdorf, Glücksbrunnen bei Niederbach, Hülseberg bei Wiersdorf und andere mehr. Um dieselbe Zeit suchten Kreise, die von der Wasserfante stammten, sich bei uns festzusetzen; von Bremer Kapitalisten wurde die Bremerhütte in Geisweid und die Rolandshütte in Weidenau gegründet. Doch ging das Kapital dieser Unternehmungen im Lauf der Zeit in Siegerländer Besitz über. Bei den Wessener Hütten, die auch die Gruben bei Raskwinkel betrieben, und bei Altmünster, die beide ursprünglich im wesentlichen einheimischer Besitz waren, drang seit den Gründerjahren fremdes Kapital ein. Die Dortmunder Union machte sich auch schon frühzeitig bei uns durch Erwerb der Grube Kriedrich bei Niederbachs fest. Die Entwicklung ruhte dann längere Zeit. Nur die Grube Zufall bei Herdorf kam durch die Familie Menland in die Hände der Aplerbecker Hütte. Ende der neunziger Jahre traten wieder neue Verluste ein: die Johanneshütte bei Siegen wurde von Mendon und Schwerte und die Marienhütte bei Eisfeld von den Westfälischen Stahlwerken aufgekauft. Im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts setzte dann die Bewegung ein, die den völligen Umsturz in den Besitzverhältnissen unserer heimischen Industrie bringen sollte. Phönix eröffnete den Reigen und überließ sich die Gruben Bartenberg und Heinrichsleben im Wistetal an. Die folgte Schlag auf Schlag. Die Rolandshütte zu Weidenau ging in das Hochsowenwerk Quedlin, die Niederbachsgrube an die gleichfalls in Quedlin anfallige Firma Borsch, der Eisenzecher Berg an Hölch verloren. Der Arien brachte dann einen förmlichen Wettlauf nach unseren Gruben mit ihren manganhaltigen Erzen hervor. Es entstanden, um nur die bedeutendsten Anläufe zu nennen, Henschel die Alte Dreisbach mit der Altmünsterhütte, die Rheinischen Stahlwerke die Altmünster, Krupp die Grube Wolf und den Rest von Bollbach, Phönix die Gruben des Kreienortens der Bergwerksvereins, Gelsenkirchen die Henricke und die Westfälische, Deutsch-Luxemburg die Eiserner Union, Mannesmann den Grubenbesitz der Familie Rauschenbach bei Ratenbach, die Westfälischen Stahlwerke die Neue Haardt, die Gutehoffnungshütte den Bahlsberg und der Lothringische Bergwerks- und Hüttenverein einen Teil der Pfannenherder Aue. Die Entwicklung machte aber nicht Halt bei den Gruben. Bekannt ist, daß die Darmstädter Bank sich die Mehrheit der Aktien der Nationalbank von Köln u. Kie. und der Sieger-Lothringischen Werke zu verschaffen bemüht hat. Die letzte Hauptversammlung der Kriedrichshütte brachte die Uebernahme, daß Thullen sich im Besitz eines erheblichen Teils der Aktien setzte und daher eine Vertretung seiner Interessen im Aufsichtsrat erlangte. Bei von den Auen, die durch Vereinigung mit den Hütten deren Besitz an Hölchen und Gruben übernahmen haben, hat sich kürzlich die im Krieg zu Geld gekommene Schrott- und Eisenhändler

Firma Otto Wolff in Köln als maßgeblicher Großaktionär ausgewiesen. Den härtesten Schlag mußte aber unser heimisches Erwerbsleben erleiden, als kürzlich bekannt wurde, daß die Gezeider Eisenwerke in den Besitz der Klocknergruppe (Lothringischer Bergwerks- und Hüttenverein) übergehen sollten und nach den letzten Meldungen auch übergegangen sind. Das Ergebnis dieser Entwicklung ist, daß die maßgebliche Leistung unserer heimischen Wirtschaft jetzt außerhalb des Egerlandes liegt; ob zu dessen Heile, muß die Zukunft lehren. Uns erscheint dies fraglich.

Aus der Partei.

Geschäftsführender Ausschuß.

Der Geschäftsführende Ausschuß der Deutschen Volkspartei hielt am Mittwoch wiederum eine Sitzung ab, in der die politische Aussprache, die in der Sitzung vom 19. Januar begonnen worden war, fortgesetzt wurde. In der inneren Politik fand die von dem Führer der Partei, Herrn Dr. Stresemann, in der letzten Zeit in mehreren Reden und Aufsätzen vertretene Auffassung von Marschrichtung der Partei einstimmige Billigung. Der Geschäftsführende Ausschuß stellte fest, daß die von den berufenen Parteimitgliedern mehrfach betonte Selbständigkeit sich nicht bloß auf die Organisation bezieht, sondern, daß auch für die Politik der Partei keinerlei Wünsche außerhalb Stehender maßgebend sein können. Die Deutsche Volkspartei verfolge mit ihrer Gründung eine gerade Linie, die sich besonders auch aus der parlamentarischen Arbeit der Deutschen Volkspartei deutlich hervorhebt. Schon bisher habe sie sich nicht in bloßer Opposition gehalten, sondern sie habe sachlich mitgearbeitet und dadurch in manchen Fällen mit Erfolg die Interessen der volksparteilichen Wählerschaft gewahrt. Die Partei müsse im Auge haben, diesen ihren Einfluß auf den Gang der Politik zu verstärken, und dürfe angesichts des Umfanges in der Stimmung weiter Kreise des deutschen Volkes hoffen, daß die Neuwahlen die Voraussetzung dazu schaffen. Der Geschäftsführende Ausschuß forderte weiter die baldige Erneuerung des Reichstages, da nur ein völlig erneuertes Parlament in der Lage sein würde, eine Klärung unserer innerpolitischen Situation und damit auch die notwendige Wandlung herbeizuführen. Als wichtigste Aufgabe der jetzigen Zeit wurde die Wirtschaftspolitik bezeichnet. Die Aussprache über die schwierigen Fragen, die hiermit verbunden sind, wurde nicht zu Ende geführt, vielmehr beschlossen, die Fragen der Wirtschaftspolitik in einer besonderen Sitzung gemeinsam mit den beiden Fraktionen der Partei unter Beteiligung von Sachverständigen zu behandeln. Der Geschäftsführende Ausschuß beschloß weiter in absehbarer Zeit die Wahlkreisvorsitzenden und weiter auch den Zentralvorstand zusammenzurufen. Aus der Arbeit der berufsständischen Fachausschüsse konnten erfreuliche Fortschritte berichtet werden. Der bisher für die Interessen der Arbeiter und Angestellten gemeinsam tätige Ausschuß wurde getrennt und ein Reichsangestelltenausschuß und ein Reichsarbeiterausschuß gegründet. Ersterer steht unter der Leitung des in Angestelltenkreisen bekannten Verbandsleiters, Herrn Otto Thiel, letzterer unter der Leitung des Herrn Knebel, eines Führers der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Endlich wurde auch die außenpolitische Lage kurz besprochen. Gegen die Auslieferungsforderung der Entente wurde schärfster Protest eingelegt und die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß die Regierung das Ansinnen unter allen Umständen ablehnt.

Die Lage der elsass-lothringischen Flüchtlinge.

Der Abgeordnete Dusché hat folgende Anfrage an die Regierung gerichtet: Seit einem Jahre kämpfen die vertriebenen Elsass-Lothringer, die 30 Jahre und

mehr, oft unter den erschwerendsten Umständen Pionierarbeit für das Deutsche Reich leisteten und infolgedessen als Geschäftsleute sich sehr oft außer Ansehung schwere geschäftliche Nachteile zugezogen haben, um Vergütung bezw. Vorentscheidung für die von ihnen zurückgelassenen Grundstücke, Hypotheken, Spar- und Bankguthaben und sonstige Forderungen. Die Lage der meisten dieser Personen ist trostlos, und es wird mit jedem Tage schwieriger, je länger sie auf die ihnen zustehende Entschädigung warten müssen. Die kleinen geretteten Ersparnisse sind längst aufgezehrt und meistens bereits Anleihen aufgenommen zur Beilegung des nötigsten Lebensunterhaltes. Diejenigen, denen es glückte, eine Wohnung zu bekommen oder gar ein Haus kaufen zu können, müssen ungeheure Preise bezahlen zur Beschaffung des allerersten notwendigen Hausrates. Sind der Verleumdung die Leiden der Flüchtlinge aus Elsaß-Lothringen bekannt und ist sie bereit, schleunigst dahin zu wirken, daß denselben ihre gerechten Entschädigungen baldigst ausgezahlt werden?

Die Zahlung der Zölle in Gold.

Wie mitgeteilt, haben die Abgeordneten Dr. Hugo und Wittthöft in einer kurzen Anfrage an die Regierung darauf hingewiesen, daß die Zahlung der Zölle in Gold, die am 1. Januar wieder in Kraft getreten ist, im besetzten linksrheinischen Gebiet französischem Widerstand begegne. Auf die Frage, was die Regierung gegen diesen unerträglichen Zustand zu tun gedenke, antwortet der Reichsfinanzminister schriftlich, die Rheinlandkommission der Entente habe zunächst die Erhebung der Zölle in Gold davon abhängig gemacht, daß der Oberste Rat in Paris vorher die Höhe des Aufgeldes bestimme. Erst am 7. Januar sei die Zustimmung der Rheinlandkommission erteilt worden und nunmehr sei die gleichmäßige Erhebung der Zölle in Gold an allen Grenzen des Reiches gesichert. Der Goldaufschlag werde dann erhoben, wo er im besetzten Gebiet seit dem 1. Januar nicht entrichtet worden sei.

Die Besteuerung der Wanderlager.

Die Abgeordneten Dr. Hugo, Dusché und Dr. Runkel hatten in einer Anfrage an die Regierung darauf hingewiesen, daß die Sonderbesteuerung der Wanderlager mit ihren gegenwärtigen Sägen bei der starken Entwertung des Geldes und der starken Erhöhung aller Steuerleistungen nicht mehr die beabsichtigte Schutzwirkung ausübe. Auf die Frage, ob die Regierung bereit sei, eine Vorlage zur Erhöhung der Steuerhöhe einzubringen, antwortete der Reichsfinanzminister auf schriftlichem Wege, daß nach dem Entwurf des Landessteuergesetzes, an dem er festzuhalten beabsichtige, die Besteuerung der Wanderlager die Sache der Länder und der Gemeinden bleiben solle.

Siegen, 29. Jan. Im Bezirk Nord fand bei Bedarf die 2. Versammlung statt, die recht gut besucht war. Herr Klingporr sprach über die politische Lage und über die Arbeit der einzelnen Bezirke. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: Vorsitzender Herr Lehrer Friedrich, Schriftführer Herr Kaufmann Scholz, Schriftmeisterin Frau Bedder, Beisitzer Herr Postsekretär Krombach, Herr Römer, Herr Nikolai. Die Versammlung beschloß, die nächste Zusammenkunft auf Sonntag, den 14. Febr., abends 8 Uhr, Wirtschaft Bedder, Sieghäuserhauptweg 74, festzusetzen. Wie in den anderen Bezirken, ist dieser Abend als Familienabend gedacht, worauf alle Mitglieder schon jetzt aufmerksam gemacht werden. Gänge, Lieder, Gedichte und Vorträge sollen unsere Mitlieder für einige Stunden in edler, einfacher Geselligkeit einander näher bringen. Möge dem Nordbezirk ein ebenso arbeitsreicher Erfolg beschieden sein, wie ihn die anderen Bezirke bei ihren Versammlungen hatten!

Siegen, 3. Februar. Der Bezirk Mitte veranstaltet am Mittwoch, dem 4. Febr., im Evangelischen Vereinshaus einen Familienabend, über dessen Verlauf wir in der nächsten Nummer eingehend berichten werden.

Neunkirchen. Die Deutsche Volkspartei Ortsgruppe Neunkirchen hielt am Montag, dem 2. Februar in der Wirtschaft Thielmann eine öffentliche Versammlung ab, die recht gut besucht war. Der Vorsitzende Herr Bedder eröffnete die Versammlung, indem er den zahlreich Erschienenen dankte, und erteilte Herrn Geschäftsführer Kischke aus Siegen das Wort zu seinem Vortrag: „Die Aufgaben und Ziele der Deutschen Volkspartei“. Ausgehend von der Gründung der Partei zeigte er, wie die Demokratische Partei weite Kreise enttäuscht hat, indem sie die Hoffnungen nicht erfüllt hat, die auf sie gesetzt worden sind; so sind es ganz besonders die besten Köpfe, die ihren Austritt aus der Demokratischen Partei erklären; unter diesen führte der Redner Herrn Dr. K. v. und Stadthalter Dr. Schepp aus Berlin an, einen Mann, der im ganzen freien Land bekannt ist. Auch Herr Schepp hat seinen Austritt aus der Demokratischen Partei vollzogen und ist der Deutschen Volkspartei beigetreten. Herr Kischke wies darauf die drei Richtlinien auf, in der sich die Entwicklung der Partei bewegt. Sie ist national, liberal und sozial. Das Wohl des Vaterlandes steht an oberster Stelle. Die innere Entwicklung aber muß sich in liberalen und sozialen Bahnen bewegen. In seinen weiteren Ausführungen zeigte er, wie die Partei dieses Ziel zu erreichen sucht. Er sprach weiter über die Staatsform, die Erhaltung des deutschen Wesens und seine Pflege in der deutschen Schule. Die hohe Bedeutung, die die Partei dem religiösen Moment zuschreibt, ist aus dem Programm ersichtlich: „Das Christentum ist ein Eckstein deutscher Kultur“. Herr Kischke sprach dann über die Arbeitsgemeinschaft und die Arbeitskammer. Die D. V. P. tritt ein für die Ausschaltung des parteipolitischen Moments aus den wirtschaftlichen Fragen. Für die Landwirtschaft fordert die Partei den sofortigen Abbau der Zwangsverpflichtung und es wird Sorge der Regierung sein, hier die geeigneten Wege zu finden. Der einstündige Vortrag fand lebhaften Beifall, vor allem wegen seiner sachlichen und ruhigen Form. An der Aussprache beteiligten sich Herr Rektor Kerschbamer und Herr Fiererz Strehlitz. Mögen noch weitere derartige sachliche Vorträge folgen.

Versammlungsankündigungen.

Neunkirchen: 8. Febr., 8½ Uhr, Wirtschaft Kottmann.
Oberrhein: 9. Febr., 2 Uhr.
Siegen: Bezirk Nord: 14. Febr., 8 Uhr, Wirtschaft Bedder, Sieghäuserhauptweg 74.
Bezirk Süd: 16. Febr., 8 Uhr, Breidenbacher Hof.

Bei Huthkeiner, Siegen, Bahnhofstraße, treffen sich jeden Mittwoch von 6-8 Uhr die Parteifreunde an einem Parteistammtisch; Auswärtige willkommen.

Verantwortlich herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei (Herrn Klingporr 1. Vorsitzender), Geschäftsstelle Brüderweg 1 (Fernruf 1442). Gedruckt bei W. Vorländer, Obergraben 5/4, sämtlich in Siegen.

Ausklippen!
Vortragskreis an die Post senden!

Hiermit bestelle ich für die Monate Februar und März die Wochenchrift

„Der Beobachter“

(Erscheinungsort Siegen).

Das Blatt bitte ich in meiner Wohnung abzugeben — werde ich am Postkellner erhalten.

(Bitte Zutreffendes zu durchkreuzen.)

Name

Wohnort

Straße

Rechenmaschinen Mercedes-Euklid
für alle Rechnungsarten mit Schieber- oder
Tasteneinstellung, konkurrenzlos in Konstruktion
und Leistung.

Addiermaschinen

mit und ohne Kontrollstreifen, bewährte Fabrikate
bietet an

Jacob Müller, Siegen, Koblenzer Str. 31
— Fernruf 755. — 1x328

**Zu Abschlüssen von Lebens- und Renten,
Versicherungen, Verf. gegen Feuer-
Einbr.-Diebstahl und Veranlassungsschäden,
wie Einzel- und Kollektiv-Unfall-, Haft-
pflicht- und Automobil-Versicherungen,
Transport- und Reiseversicherungen, Ma-
schinenbruch sowie sämtl. andere Versiche-
rungsarten empfiehlt sich**

**Friedrich Schmitt, Haupt-Agentur erstklassiger
Gesellschaften, Warburger Tor 32. Fernspr. 664**

Feinbleche 1 mm

10-20 Tonnen Feinblech, 1000-2000 mm, S M Qual., zu
kaufen gesucht. Schrott kann geliefert werden. 1x12

Offerten mit Preis und kürzester Lieferzeit an
Rasmussen & Ernst, G. m. b. H.,
Chemnitz i. Sa.

Siegener Bank für Handel und Gewerbe.

Aktien-Kapital M. 6.000.000. Reserven M. 2.240.000

Wir empfehlen unsere Dienste für alle in das
Bankfach einschlagenden Geschäfte:

Eröffnung von laufenden Rechnungen,
provisionsfreien Scheck- und Depositen-Konten.

Gewährung von Geschäfts-Krediten
gegen entsprechende Sicherheiten.

Erteilung von Auskünften über Anlagewerte.

An- und Verkauf von Wertpapieren an allen
Börsen des In- und Auslandes, sowie
An- und Verkauf von Kuxen und Aktien
ohne Börsennotiz

Aufbewahrung verschlossener Depots.

Annahme und Verwaltung von Wertpapieren
in offenen Depots.

Vermietung von Schrank-Schließern (Safes)
unter Schlüsselverschluss des Mieters.

Ankauf von Bankakzepten und guten Warenwechseln.

Einzug von Schecks und Wechseln auf Nebenplätze.

Einlösung v. Zinsscheinen, verlost. Effekten etc.

Ausstellung von Schecks und Kreditbriefen auf alle
bedeutenden Plätze des In- und Auslandes.

Wir sind zu jeder weiteren mündlichen wie schrift-
lichen Auskunft gerne bereit.

Siegen i. W.

Siegener Bank für Handel und Gewerbe.

Kaisergarten

Täglich 8 Uhr abends

Else Sattelberg
Sängerin

Gerhard Farere
halb Herr, halb Dame

Edgar Ralsen
Humorist mit zeitgemäß.
Dichtungen

Loni Kedi
Vortrag künstlerin und
Verwendungs-Soubrette.

Dazu verstärktes

**Künstler-
Konzert.**

Zigaretten, Zigarren

in allen Preislagen
für Wiederverkäufer.

R. Ziebach,
Siegen, Kölner Tor 6.

Bestellungen

Rottlee

und sämtliche and. ren
Sämereien

unmittelbar entgegen
Samenhandlung

Johs. Sarx Nachf.

Ing. Karl Jüngst,
Siegen, Obergraben 2.



Pianos

Herm. Loos

G. m. b. H.
Piano-Fabrik
Siegen, Bahnhofstr.

**Emaille-
Schilder**

für Firmen, Türen und
Gräber liefert 145
J. Sand, Gläsestr. 12.
Fernsprecher 870.

Brennholz

auf Oefenlänge geschnitten, zur sofortigen Zufuhr bereit. 1355

Carl Ziefeld, Siegen

Koblenzer Straße 33. — Fernsprecher 37.

Ein glattes Vollen

1x12

Fahrradgummi

Erlebenswerte, sowie eine Anzahl

Fahrräder

neu angekommen.

Ich schreibe empfehle ich meine Werkstatt zur Ausführung
aller vorkommenden Reparaturen an Hochradern, Rad-
maschinen, Ventilen, Nieten und Automobilen und werden
solche schnellstens und billigt ausgeführt.

Es dürfte rasch sein, Fahrrad-Reparaturen einschließlich
Emailleieren und Vernichten jetzt ausführen zu lassen, da die
selben jetzt schneller erledigt werden können als im Frühjahr.

Karl Kill, Kreuztal.

Fernruf Amt Kreuztal Nr. 87.

Der Familienbesitz wird gesichert gegen
Aufhebung durch Steuern
durch eine

Steuer-Versicherung

der der
Karlsruher Lebensversicherung a. G.
Bisher beantragte Versicherungen
1900 Millionen Mark
Kostenlose Auskunft bei: Bezirksvertreter
W. Eichenberger, Siegen, Effelsener Str. 37.

Verbleite Isolierrohre

sowie alle elektr. Starkstromartikel

in großen und auch kleineren Mengen zu kaufen gesucht.

Ingenieurbüro Karl Zud,
Mannheim i. G. 14.

Stabeisen

18-20 mm rund, 8-12 mm kantig, sowie

Fein- oder Schwarzblech

1 1/2-2 mm stark, möglichst in Normalmaßen
zu kaufen gesucht.

Angebote an **Ludwig Rocholl & Co., Radevormwald.**
Telef. Adresse: Schloßcompagnie.

Eichengerbholz

von 12 cm Mindestquerschnitt aufwärts, in Längen bis zu
2,50 Meter, eventuell höhere Eichengerbholz zum Selbstabtrieb
kauft zu hohen Preisen 1x12

W. Lehst, Hamburg-Billbrook.

Deutsche Volkspartei Siegen.

Geschäftsführer: **P. Nitschke.**

Geschäftsstelle: **Brüderweg 1.**

Fernsprecher 1442.